

# Bundesrepublik Deutschland seit 1949

Peter Steinbach

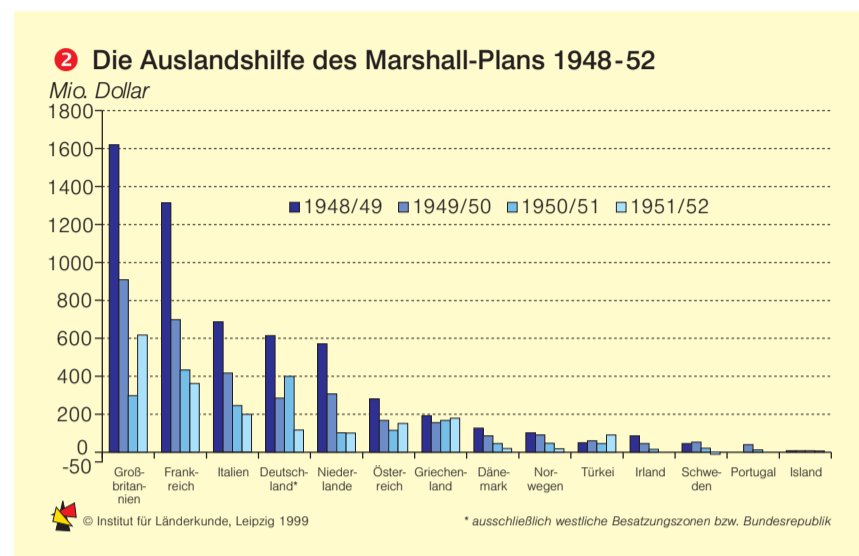
Die Bundesrepublik stand im Unterschied zum zweiten deutschen Teilstaat stets im Schatten des Dritten Reiches. Allerdings wurde ihr wesentlich früher die Rückkehr in den Kreis der Nationen ermöglicht. Voraussetzung waren die Auseinandersetzung mit der NS-Zeit und die Übernahme von Wiedergutmachungsverpflichtungen. Dies resultierte nicht nur in einer ständigen Konfrontation der deutschen Bevölkerung mit den nationalsozialistischen Gewaltverbrechen, sondern machte sich auch im Wunsch bemerkbar, eine Verfassungsordnung zu schaffen, welche Machtmissbrauch verhinderte. Die Bedeutung der Parteien, der Grundrechte und der freien öffentlichen Meinung wurde bald nicht mehr in Frage gestellt. Aus der Untertanengesellschaft wurde eine Beteiligungsgesellschaft. Dies bedeutet, dass immer wieder die Rechte des Individuums gegenüber dem Staat akzentuiert wurden.

Einen wichtigen Endpunkt dieser Neuorientierung stellt 1962 die Spiegel-

Affäre dar, in deren Verlauf Diskussionen um den Vorrang von Meinungsfreiheit oder Staatssicherheit zugunsten der Pressefreiheit entschieden wurden. Deutschland hatte offenbar den Sonderweg seiner Geschichte endgültig verlassen und war Teil einer Wertegemeinschaft geworden, die sich zu den Prinzipien des freiheitlichen Verfassungsstaates bekennt.

## Entwicklungslinien

Dennoch ist die Frage nach der Struktur des Staates und dem Gehalt der Nation weiter umstritten. Das Regierungssystem der Bundesrepublik wurde lange als Kanzlerdemokratie bezeichnet. Konrad Adenauers Regierungsstil prägte die ersten vierzehn Jahre. Nach einem Durchgangsstadium unter Ludwig Erhard und Kurt-Georg Kiesinger brachte die sozial-liberale Koalition unter Brandt und Scheel, später unter Helmut Schmidt und Hans-Dietrich Genscher wichtige innen- und außenpolitische Reformimpulse. Sie wurden begleitet von einer ge-



sellschaftlichen Umorientierung im Zuge der Studentenunruhen von 1967/68. Bildungsexpansion und Ostpolitik waren Merkmale einer Politik, die eine Phase der Neuorientierung, aber auch der Unsicherheit begründete. Das beherrschende Thema der siebziger Jahre war die Auseinandersetzung mit dem Terrorismus. Anschläge der sog. Rote-Armee-Fraktion mit dem Ziel, die Grundordnung der Bundesrepublik zu zerstören, erschütterten den Staat mehrere Jahre lang, stärkten aber letztlich die demokratische Entwicklung. Wenige Jahre später spaltete sich die Gesellschaft in der Frage, wie sich Frieden sichern lässt: durch Nachrüstung oder vertrauensbildende Maßnahmen.

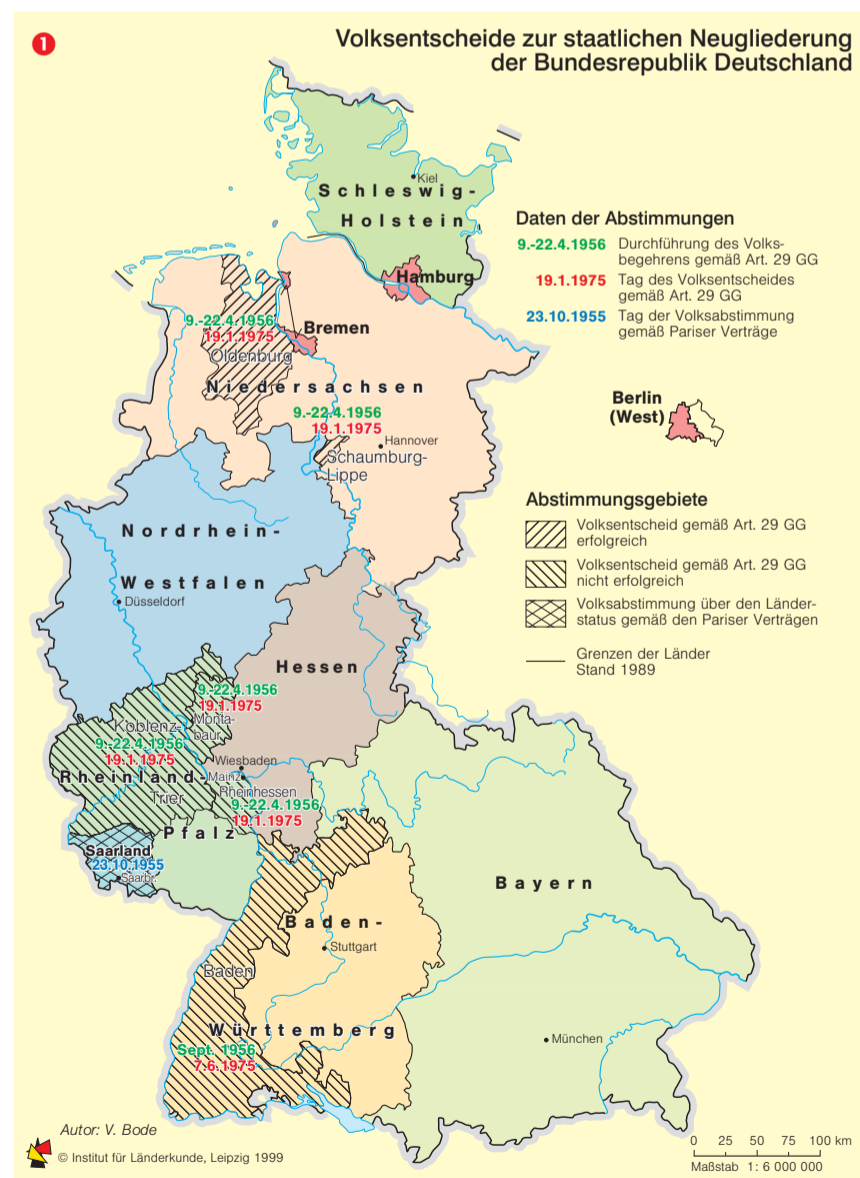
## Föderalismus und Pluralismus

Wichtige Funktionen beim Neuanfang hatten die Selbstverwaltung und die Beteiligung der Deutschen an der „Selbstregierung“. Deshalb wurde nach 1945 die Demokratie von unten – aus den Gemeinden und wieder begründeten Ländern – aufgebaut. Dass die deutschen Länder – mit Ausnahme von Preußen – neu entstehen sollten, war nicht bestritten. Allerdings konkurrierten verschiedene Neuordnungsentwürfe. Letztlich entstanden neue Länder, die zunächst vielfach als künstliche Gebilde empfunden

wurden, obwohl sie sich durchaus an landeshistorischen Gegebenheiten orientierten **1**. Allmählich bildeten sie eine eigene Identität aus. Die ersten deutschen Verfassungen entstanden 1945 und 1946 auf Landesebene und nahmen manche der Prinzipien auf, die sich wenig später im Grundgesetz niederschlugen. Sie betonten Menschen- und Grundrechte und fixierten Grenzen staatlichen Handelns, um Übergriffe der Obrigkeit einzuschränken. Die Bemühung zur geistigen Bewältigung der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft prägte nicht nur die Prinzipien des Grundgesetzes, das nach gründlicher Beratung durch den Parlamentarischen Rat am 23. Mai 1949 angenommen wurde, sondern auch das Kulturleben. Allmählich entstand eine pluralistische Gesellschaft, die ihre Vielfalt akzeptierte und als Chance begriff.

## Staatsprinzipien

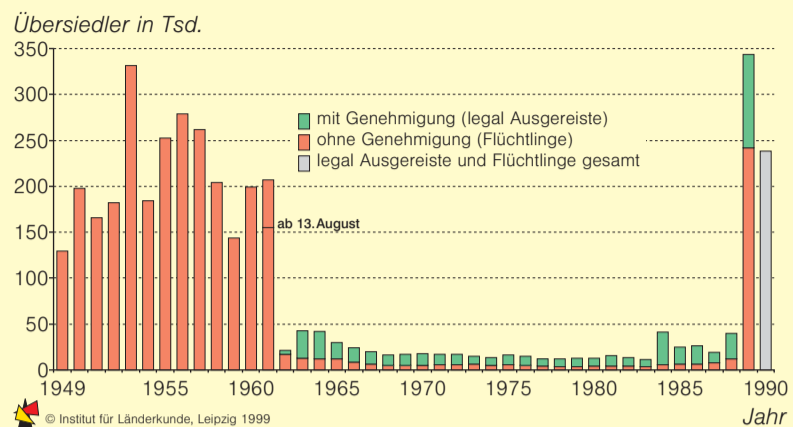
In einigen wesentlichen Bestimmungen zog das Grundgesetz Konsequenzen aus dem Scheitern der Weimarer Republik und den Erfahrungen mit dem nationalsozialistischen Staat. So wurden die Rundfunkanstalten strikt der Bonner Regierung entzogen. Die Stellung der Grundrechte macht deutlich, dass nach einer Epoche der Menschenrechtsver-



Auf der Basis des Artikels 29 GG fanden im Jahre 1956 verschiedene Volksbegehren statt, die die Neugliederungen der durch die Besatzungsmächte gebildeten Länder zum Inhalt hatten. Die erfolgreichen Volksbegehren legten verfassungsmäßig die Grundlage für die entsprechenden Volksentscheide, die jedoch erst rund 20 Jahre später stattfanden. In den 4 Abstimmungsgebieten Baden, Koblenz-Trier, Montabaur und Rheinhessen wurde keine Mehrheit (mindestens ein Viertel der Wahlberechtigten) für eine Neugliederung erreicht. In den Abstimmungsgebieten Oldenburg und Schaumburg-Lippe wurde die notwendige Mehrheit für die Wiederherstellung der beiden ehemaligen Länder erzielt. Die Bundesregierung entschied am 3. September 1975 per Gesetz dennoch den Verbleib im Land Niedersachsen, und der Bundestag änderte den Art. 29 des GG in eine Kann-Bestimmung um.

Die Volksabstimmung im Oktober 1955 im Saargebiet fand auf der Grundlage der Pariser Verträge statt. Bei 96,6% Wahlbeteiligung entschieden sich 67,7% für die Aufnahme in die Bundesrepublik Deutschland und gegen eine politische Autonomie bei wirtschaftlicher Bindung an Frankreich. Am 1. Januar 1957 trat das Saarland als 10. Land der Bundesrepublik Deutschland bei.

### 3 Übersiedler aus der DDR in die Bundesrepublik 1949 bis Juni 1990



letztungen ein besonderer Akzent gesetzt werden sollte. Auch Normen der Regierungsbildung, des Wahlrechts, der Rechtfertigung von Parteien als Faktoren der Willensbildung oder das Konzept der streitbaren Demokratie verarbeiten Erfahrungen und Fehlentwicklungen der Zeitgeschichte und insbesondere der jüngsten deutschen Vergangenheit. Ob es sich um das konstruktive Misstrauensvotum oder die Rechtfertigung des Parteienstaates, die Unterscheidung in Menschen- und Bürgerrechte, die Verteidigung von unveränderlichen Kernbereichen der Verfassungsordnung wie die Grundrechte und die föderative Ordnung handelt – stets gibt es eine Kontrastfolie, die auf diktatorische Erfahrungen verweist.

Die Verhinderung einer Zersplitterung des Parteienstaates reagierte auf die Erfahrungen mit der Weimarer Politik. Die Opposition hatte sich im Falle eines parlamentarischen Misstrauensvotums um eine tragfähige politische Mehrheit zu bemühen. Konstruktiv hatte das politische Misstrauen zu sein, nicht zerstörerisch. Auch die Rolle des Bundespräsidenten spiegelte Weimarer Erfahrungen. Er sollte keine plebiszitär abgeleitete Autorität bekommen.

Überhaupt misstraute der Parlamentarische Rat den Stimmungen der Bevölkerung und deshalb plebiszitären Entscheidungen. Eine Ausnahme bildeten nur Grenzveränderungen der Bundesländer, z.B. der Zusammenschluss der drei früheren südwestdeutschen Länder zum heutigen Baden-Württemberg. Sie mussten durch Abstimmungen legitimiert sein **1 4**.

Das Grundgesetz bekannte sich zu den Grundsätzen der repräsentativen Demokratie in der Gestalt des Parteienstaates. Parteien wurden nicht als Vertreter egoistischer Teilinteressen verunglimpft, sondern sollten ganz bewusst ihre „Scharnierfunktion“ als Vermittlungsglied zwischen den Interessen der Bevölkerung und der politischen Willensbildung im parlamentarischen Raum wahrnehmen. Bemerkenswert war eine politische Konzentration auf wenige Parteien, die durch eine Fünf-Prozent-Klausel für den Einzug einer Partei ins Parlament verstärkt wurde.

### Stabilität und Berechenbarkeit

Politische Stabilität ist eine wichtige Voraussetzung für außenpolitische Bindungen, die einen Staat berechenbar machen. Galt Deutschland am Anfang des 20. Jahrhunderts als Unsicherheitsfaktor, so entwickelte sich die Bundesrepublik zu einem wichtigen Element der europäischen Friedensordnung. Voraussetzung war die Anerkennung aller finanziellen Verpflichtungen des Deutschen Reiches. Grundlegend blieb auch die Gestaltung des deutsch-israelischen Verhältnisses. Mit dem Marshall-Plan **2** wurde Westdeutschland in das europäische Aufbauwerk einbezogen. Unter dem Eindruck des Koreakrieges wurde deutlich, dass eine Verteidigung des westlichen Europa ohne Einbeziehung der Bundesrepublik kaum denkbar war. Bereits 1950 begannen die Auseinandersetzungen um die deutsche Wiedervereinigung. Unter heftigen Diskussionen wurde 1955 die Bundeswehr geschaffen. Es war nicht überraschend, dass sich die weitere Integration des westdeutschen Teilstaates in internationale Strukturen rasch vollzog. Bereits seit ihrer Gründung stand die Bundesrepublik unter dem Schutz des Nordatlantikkpaktes. 1955 trat sie der NATO bei.

Die Eingliederung des Saarlands in das Bundesgebiet 1957 machte deutlich, wie sich das deutsch-französische Verhältnis gewandelt hatte. Voraussetzung war die dauerhafte Überwindung der deutsch-französischen „Erbfeindschaft“. Heute gilt die enge Freundschaft zwischen der Bundesrepublik und Frankreich als Motor einer europäischen Einigung, die innerhalb Europas gleichwertige Lebensbedingungen schaffen soll und kriegerische Auseinandersetzungen undenkbar macht. Ihre vorläufige Krönung fand die europäische Integration in der Schaffung einer gemeinsamen europäischen Währung. Auch eine gemeinsame europäische Sicherheits- und Außenpolitik ist als Folge europäischer Einigung wahrscheinlich geworden.

### Stationen innerer Veränderungen

Innenpolitisch war die Entwicklung weniger einheitlich. In den frühen fünfziger Jahren beherrschte die Frage der Wiedergutmachung und der Regulierung von

Kriegsfolgen die Öffentlichkeit. In den späten fünfziger Jahren wurde das sozialpolitische Instrument des Mehrgenerationenvertrages entwickelt. Wenig später veränderten die Bildungsexpansion und die Förderung der Eigentumbildung die Sozialstruktur. Deshalb gelten die sechziger Jahre sozialgeschichtlich als Zäsur, denn die soziale Sicherheit begünstigte nahezu alle Bürger. Die Tarifpartnerschaft der Unternehmer und Gewerkschaften war die Grundlage innerer Stabilität. Heftig wurde über Fragen der Vergangenheitsbewältigung gestritten. 1967 leiteten die Studentenunruhen einen Wandel des politischen Klimas ein, ohne Verfassungsprinzipien zur Disposition zu stellen. Sie richteten sich gegen die Aushöhlung der Verfassungsnorm und verlangten Chancengleichheit und Gleichberechtigung von Mann und Frau. Die Stabilität des Staates stand dabei nicht auf dem Spiel.

### Menschenrechte und Entspannung

Aus den politischen Erfahrungen mit Nachkriegsdeutschland war ein neues Vertrauen erwachsen, auf dessen Grundlage der Vereinigungswunsch der Bevölkerung in der DDR zur Wiedergewinnung der Einheit und Freiheit Deutschlands realisierbar war. Entscheidend war dabei, dass sich die Sowjetunion unter



Michail Gorbatschow dem raschen Wandel geöffnet hatte. Damit verbanden sich Veränderungschancen, die die Überwindung des eisernen Vorhangs anstreben und durch die „Rückkehr der ostmitteleuropäischen Staaten nach Europa“ die Ordnung von Jalta überwinden wollten. Der Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes am 3. Oktober 1990 bedeutete die endgültige außenpolitische „Beendigung der Nachkriegszeit“.

### Ein anderes Deutschland?

Mehr als vierzig Jahre lang war seit dem Epochenjahr 1945 die Vereinigung der beiden deutschen Staaten als Illusion empfunden worden. Weil man auf der Seite der ehemaligen Alliierten der Bundesrepublik vertraute, war die Vereinigung Deutschlands möglich geworden und wurde unter Beibehaltung der in Jahrzehnten gewachsenen Westbindung der Bundesrepublik Deutschland vollzogen. ♦

